

Neulengbach,
im Juni 2006

Liebe Mitglieder und Freunde!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Diesem PRO VITA-Heft liegt ein Folder der neuen Partei DIE CHRISTEN bei. Mit diesem Folder soll informiert und gleichzeitig Interesse geweckt werden. Wer diese Anliegen teilt, ist eingeladen, bei der Verbreitung mitzuwirken, oder noch besser, bei der neuen Partei mitzuarbeiten.

Die neue Partei, die aus PRO VITA heraus entstanden ist, hat die vier Schwerpunktthemen Ehe und Familie, Erziehung und Bildung, Lebensschutz und Kultur, die im PRO VITA-Heft Nr. 5/2005 vorgestellt worden sind. Wir sehen unsere erste und wichtigste Aufgabe darin, darüber zu reden und Meinungsbildung zu betreiben, was den Menschen unmittelbar angeht, was noch wichtiger ist als Geld und Spaß. Wir wollen der Realität ins Auge blicken, daß wir Österreicher wie alle europäischen Völker als ganzes betrachtet ein altes, verbrauchtes und lasterhaftes Volk sind. Ein gesundes Volk müßte viel mehr Kinder und junge Leute haben. Die Ursachen hierfür sind nicht naturgegeben, sondern hausgemacht. Diese Ursachen wollen wir ungeniert beim Namen nennen und Auswege aufzeigen.

Die Folder können in beliebiger Anzahl angefordert werden. Die PRO VITA-Hefte 5/2005 mit den Schwerpunktthemen und 1/2006 mit den Statuten der neuen Partei werden ebenfalls über Anforderung zugesandt.

Die Fragen, die an uns gestellt werden und die wir uns selbst stellen, seitdem die Idee der Gründung einer neuen Partei geboren wurde, sollen hier mit Hinweisen auf unser Grundsatzprogramm und auf unsere Zielsetzungen beantwortet werden. Wir wollen auch darüber sprechen, wann wir den Zeitpunkt für gegeben erachten, zu Wahlen anzutreten, und warum wir als erstes den Aufbau einer Parteiorganisation anstreben.

Es soll also auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Warum eine neue christliche Partei?
- Warum überhaupt eine Partei und warum eine neue Partei?
- Wie kam es zum Parteinamen DIE CHRISTEN und was soll damit gesagt sein?
- Wie soll man sich die Gründung einer neuen Partei ohne entsprechendes Kapital vorstellen?
- Geht es ohne bekannte Persönlichkeiten, ohne „Galionsfigur“?
- Muß eine Partei nicht die Antwort wissen auf alle anstehenden politischen Probleme?
- Wäre es nicht ratsam, statt der genannten Schwerpunktthemen das aufzugreifen, was alle Österreicher interessiert, nämlich die EU und die Neutralität?
- Wie soll man sich die Mitarbeit vorstellen?

Diese und damit zusammenhängende Fragen sollen im folgenden behandelt werden. Es ist zu hoffen, daß es viele Gesinnungsfreunde gibt, die von Anfang an bei den CHRISTEN dabei sein wollen.

Mit herzlichen Grüßen
Dr. Alfons Adam

HERZLICHE EINLADUNG
ZUR INFORMATIONSVERANSTALTUNG

DIE CHRISTEN

VORSTELLUNG DER NEUEN POLITISCHEN PARTEI

Dr. Adam spricht und diskutiert
über Aufbau und Ziele am

Dienstag, 27. Juni 2006, 19.00 Uhr,
im Cafe „Museum“, Wien I, Friedrichstraße 6,

und am

Donnerstag, 29. Juni 2006, 19.00 Uhr,
im Gasthaus „Angelis“,
2320 Schwechat, Johann Burkl-Gasse 1.

■ ■ ■ **WARUM EINE NEUE CHRISTLICHE PARTEI?** ■ ■ ■

Die Gründe liegen einerseits in den Erfahrungen der letzten fünfunddreißig Jahre und andererseits in der politischen Stoßrichtung unserer neuen Partei.

Seit der Wahlniederlage der ÖVP gegen Kreisky im Jahr 1970 wird von prominenten Katholiken der Versuch unternommen, die ÖVP zu „rechristianisieren“. Konkret versucht haben dies Heinrich Drimmel (langjähriger Unterrichtsminister) und Karl Gruber (Landeshauptmann von Tirol nach 1945 und Außenminister) sowie Prim. Dr. Richard Piaty (Bundesrat und Präsident der österreichischen Ärztekammer). Ohne jedes Ergebnis (*siehe Pro Vita 4/05*). Ereignisse aus jüngster Zeit sind

ein klarer Beweis, daß die ÖVP eine unchristliche Partei geworden ist. Einige Beispiele: Als es der „Jugend für das Leben“ im Dezember 2004 gelungen ist, im Zusammenhang mit der Förderung der Abtreibung durch die neue sozialistische Landeshauptfrau in Salzburg Gabi Burgstaller den Lebensschutz für kurze Zeit zum Thema zu machen, hat sich sofort die prominente ÖVP-Politikerin und Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat zu Wort gemeldet, daß an der Fristenlösung nicht zu rütteln sei. Im April 2005 hat der Wiener Landtag ein Gesetz beschlossen, welches der Polizei die Befugnis einräumt, Lebensschützern das Verlassen öffentlicher Orte vor Abtreibungskliniken zu befehlen. Die ÖVP-Landtagsfraktion hat diesem Gesetz geschlossen zugestimmt. Lebensschützer sollen also soweit wie möglich (nämlich soweit es die Verfassung überhaupt zuläßt) drangsaliert werden können, damit das Geschäft der gewerblichen Kindermörder ungehindert ablaufen kann. (siehe *Pro Vita* 4/05, S. 4 f). Bei der Wahl zum Wiener Landtag im Oktober 2005 kandidierte eine Lebensschutzaktivistin auf der ÖVP-Liste an aussichtsloser Stelle und führte daher einen Vorzugsstimmenwahlkampf. Als Sozialisten und Grüne die aus der Pro-Life-Szene kommende Kandidatin entdeckt hatten, kamen die üblichen Angriffe und Unterstellungen. Der ÖVP-Landesobmann Hahn distanzierte sich von der eigenen Kandidatin. Prominente ÖVP-Damen betonten sofort die Parteilinie pro Fristenlösung. Im Dezember 2005 erklärte der ÖVP-Nationalratspräsident Andreas Khol, es gelte die Diskriminierungen, der homosexuelle Partnerschaften zu heterosexuellen Lebensgemeinschaften im Alltag ausgesetzt seien, zu beseitigen. Khol übernimmt also die Sprachregelung der Marxisten und tritt dafür ein, eine Lebensweise zu privilegieren, die aus christlicher Sicht Unzucht ist. Auf klare Vorgaben durch das christliche Lehramt angesprochen, brachten Andreas Khol und der ÖVP-Umweltminister Josef Pröll zum Ausdruck, daß sie sich an solche Vorgaben nicht gebunden fühlten. erinnert sei hier auch an den mehrfachen Preisträger Hermann Nitsch, der von ÖVP-Spitzenpolitikern hofiert wird. Doch geben sich diese Herrschaften als gläubige Katholiken aus, wenn es irgendwie opportun erscheint oder um Wählerstimmen geht.

Was die FPÖ betrifft, sollte man nicht vergessen, daß auch die „Heidin“ Heide Schmidt in dieser Partei einmal eine sehr prominente Stellung eingenommen hat und sogar FPÖ-Präsidentschaftskandidatin war. Zur Zeit haben wieder prominente katholische Politiker einen gewissen Einfluß, aber die Partei als ganzes kann man sicher nicht als politische Vertretung gläubiger Christen betrachten.

Verständlich ist, daß alle auch auf Jagd unter den Christen gehen. Es gibt ja sogar eine „Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus“ und selbst die grünen Krypto-Kommunisten haben einige Vorzeige-Christen in ihren Reihen.

Ebenso bedeutsam wie diese zeitgeschichtliche Erfahrung ist die politische Zielrichtung, die sich nur mit einer neuen in sich geschlossenen christlichen Partei verwirklichen läßt. Es gilt, die Zukunft unseres Volkes zu sichern und unserem Land seinen christlichen Charakter zu erhalten. Unsere Kinder und Enkelkinder sollen im Land ihrer Väter keine Minderheit sein. Wir wollen ihnen die Heimat erhalten. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn wir wieder Kinder haben, und zwar viele Kinder. Hier ist ein radikales Umdenken erforderlich. Zum Beispiel sollten Mehrkindfamilien mit fünf Kindern wieder als normal angesehen werden. Und es sollen an Geist und Körper gesunde Kinder sein. Und das können wir nur durch intakte Familien erreichen. Intakte Familien und gute Ehen kann man rechtlich nicht erzwingen, die Politik kann aber über die Erziehung, Bildung und Kultur sehr wohl darauf Einfluß nehmen. Zu intakten Familien gehören stabile Beziehungen. Und wir wollen dahin wirken, daß Schönheit und Unabdingbarkeit stabiler Beziehungen, guter Ehen und intakter Familien als Notwendigkeit erkannt werden. Das Überleben unseres Volkes und Glück und Zufriedenheit jedes Einzelnen hängen davon ab. In diesem Punkt also will unsere Politik ansetzen. Die Gesundung unserer Gesellschaft ist nicht möglich, wenn sich die allgemeinen Moralvorstellungen über Sexualität nicht ändern. Es kann keine guten Ehen und keine intakten Mehrkindfamilien geben, wenn schon Volksschulkinder zu einem ausschweifenden Lebenswandel verführt werden. Mit der

Unterstützung aller Parteien hat die Gesetzgebung der letzten dreißig Jahre sich jeweils den tiefsten moralischen Standards angepaßt mit der Begründung, man müsse den Gegebenheiten Rechnung tragen. Diese moralischen Standards jedoch werden geprägt durch eine schulische Erziehung, die die Kinder zu möglichst frühen sexuellen Aktivitäten verführt, was sogar nach Ansicht Sigmund Freuds, der wohl nicht im Verdacht steht, gläubiger Christ und konservativ gewesen zu sein, Kinder und Jugendliche aggressiv macht. Ein durchaus geplanter Nebeneffekt der Unzucht ist, daß die Menschen für den christlichen Glauben unempfindlich werden. Alle ehe- und familienrechtlichen Gesetze der letzten dreißig Jahre dienten der Auflösung der Familie und der Förderung des sittlichen Verfalls. Die Verantwortung hierfür trifft die Politiker (ausnahmslos) aller politischen Parteien. Die Förderung der allgemeinen Unzucht durch Schule, Kunst und Kultur, Medien und Recht haben sie anscheinend für eine der ersten Pflichten von Staat und Gesellschaft gehalten und tun das immer noch. Man kann von Leuten, die das dreißig Jahre gefördert oder dem jahrzehntelang zugesehen haben, nicht erwarten, daß sie die notwendige radikale Umkehr vollziehen. Außerdem kann eine radikale Änderung der Ehe- und Familienpolitik nur von einer Partei erwartet werden, die solches zur Hauptstoßrichtung der Politik macht und in sich völlig geschlossen ist.

■ ■ ■ **WARUM ÜBERHAUPT EINE PARTEI** **UND WARUM EINE NEUE PARTEI?** ■ ■ ■

Seit Jahrzehnten gibt es Gruppierungen meist in der Rechtsform von Vereinen, die sich für den Lebensschutz und für Ehe und Familie einsetzen. Seit vielen Jahren treffen sich Gleichgesinnte aus diesen Gruppierungen bei Symposien, Wallfahrten und ähnlichen Veranstaltungen. Häufig war und ist davon die Rede, daß eine Plattform oder eine Dachorganisation gegründet werden soll und daß es wichtig wäre, in den bestehenden

Parteien zu wirken und dort und in der Kirche Einfluß zu gewinnen.

Alle diese Bestrebungen haben letztlich nichts bewirkt in dem Sinn, daß eine Entwicklung hin zum Positiven hätte eingeleitet werden können. Ganz im Gegenteil. Es konnten nicht einmal die destruktiven Entwicklungen aufgehalten werden. Denken wir nur daran, daß die SPÖ auf ihrem letzten Parteitag gefordert hat, den Schwangerschaftsabbruch überhaupt aus dem Strafgesetzbuch herauszunehmen, und daß die angeblich christliche ÖVP eine Vorkämpferin für Privilegien der Homosexuellen ist.

Gescheitert sind alle gutgemeinten Bemühungen letztlich daran, daß es nie gemeinsame konkrete Ziele gegeben hat. Eine Partei hat naturgemäß ein solches konkretes Ziel, nämlich früher oder später zu Wahlen anzutreten, dadurch politischen Einfluß zu gewinnen und das Totschweigen der wichtigsten Probleme zu beenden.

Diese Lücke wird also durch die gemeinsame Arbeit am Aufbau einer Parteiorganisation ausgefüllt. Schon der Aufbau der Organisation und die damit verbundene Vernetzung sowie die weiters damit verbundene Diskussion an der Basis sind bereits wichtige Teilziele – wenn auch zu Wahlen erst angetreten werden soll, sobald dies erfolgsversprechend erscheint.

Erfolgsversprechend ist das Antreten bei Wahlen dann, wenn keine Energie dazu verwendet werden muß, die notwendigen Unterstützungserklärungen zu bekommen. Diese Unterstützungserklärungen müssen aus eigener Kraft – sozusagen auf Knopfdruck – vorliegen. Das wäre dann auch das Signal dafür, daß die Organisationsdichte ausreicht, einen Wahlkampf zu führen.

Alle diese Ziele kann sich naturgemäß nur eine Partei setzen. Das kann kein Verein, keine lose Gruppierung und keine religiöse Vereinigung.

In diesem Zusammenhang ist die Frage zu stellen, wer heute Einfluß nimmt auf die Gestaltung von Staat und Recht, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir sehen alle, daß die Brüsseler Bürokratie und andere europäische Institutionen immer mehr zu einem diktatorischen Regime werden. Dennoch üben ohne Zweifel die bestehenden Parteien einen gewissen Einfluß aus. Und dann gibt es noch die Medien, die aber bei jenen Problemen, die uns unter den Nägeln brennen, als eher feindselig zu betrachten sind, und eher geneigt sind, eine Diskussion darüber nicht einmal aufkommen zu lassen. Einfluß nehmen können dann noch Vereine wie Greenpeace oder Amnesty International, die immer kräftige mediale Unterstützung genießen. Schließlich gibt es noch Organisationen, die bei der EU und bei der UNO ihren Einfluß ausüben, sogenannte NGO's (zu deutsch: Nichtregierungsorganisationen). Einfluß haben aber erfahrungsgemäß nur solche, die im Trend der herrschenden Meinung liegen oder den weiteren Kultur- und Sittenverfall fördern (z.B. Homosexuellenverbände, weltweit tätige und mit Steuergeldern geförderte Pro-Abtreibungsorganisationen).

Wenn wir ernst genommen werden wollen, dann führt kein Weg daran vorbei: Nur eine politische Partei wird sich überhaupt bemerkbar machen können. Nur mit einer solchen Organisation kann das Totschweigen der wirklich wichtigen Probleme durchbrochen werden.

Bleibt noch die Frage zu beantworten, warum eine neue Partei gegründet wurde.

Tatsache ist, daß in den letzten Jahrzehnten einige neue gegründete christlich orientierte Parteien zu Wahlen angetreten und immer erfolglos geblieben sind. Wir haben daher einen Neubeginn für sinnvoll gehalten.

Entscheidend für die neue Gründung war für uns aber, daß wir unsere Ziele auf einem ganz anderen Weg erreichen wollen. Zum Unterschied von allen bisherigen Versuchen wollen wir als erstes nicht bei Wahlen antreten, sondern wie bereits gesagt eine Organisation aufbauern. Das ist mühsam und erfordert

wahrscheinlich viel Zeit. Doch die bereits erwähnten Vorteile sind nicht zu übersehen. Wir brauchen nicht auf das große Geld zu warten und können gleich beginnen. Wir brauchen keine Galionsfigur. Die Aufbauarbeit selbst dient bereits unseren Zielen. Und sehr wichtig: unsere Aufbauarbeit durch Vernetzung dient der „Nachhaltigkeit“, der langfristig angelegten Umsetzung unserer politischen Vorstellungen.

■ ■ ■ **WIE KAM ES ZUM PARTEINAMEN *DIE*** ***CHRISTEN***

UND WAS SOLL DAMIT GESAGT WERDEN? ■ ■ ■

Ob die Einwände gegen diesen Parteinamen berechtigt sind, haben wir uns natürlich gefragt und diese Einwände auch heftig diskutiert. Es hat geheißen, der Name sei zu anspruchsvoll, einengend, überheblich. Manche hatten wohl auch die Sorge, daß wir eine Staatskirche anstreben. Andere meinten, die Leute hätten eine sehr schlechte Meinung über das Christentum, weshalb es unklug wäre, sich dazu zu bekennen. Es gab Vorschläge wie „Familienpartei“ oder „Friedenspartei“.

Als erstes zu Klarstellung: Wir wollen keine Staatskirche. Niemand soll vor Gericht gestellt werden, weil er die Auferstehung Christi leugnet oder nicht nach christlichen Moralvorstellungen lebt. Wir wollen aber klarstellen, daß auch Christen vollberechtigte Staatsbürger sind und daher selbstverständlich das Recht haben, ihre Vorstellungen in die Diskussion zur Gestaltung von Staat und Recht einzubringen. Überheblichkeit wollen wir sicherlich nicht zum Ausdruck bringen oder uns zu eigen machen. Wir wollen uns aber auch nicht ducken, wenn von den Kreuzzügen, von der Inquisition oder von der angeblichen Wissenschaftsfeindlichkeit der Kirche (Stichwort Galileo Galilei) die Rede ist, weil wir wissen, daß es

sich um Totschlagworte handelt, die keinen realen Hintergrund haben. Ganz im Gegenteil: Das Christentum war die geistige Grundlage hierfür, daß es im europäischen Kulturkreis Menschenrechte, Demokratie und Gleichberechtigung der Frau gibt. Anspruchsvoll ist die Parteibezeichnung ganz gewiß. Und dieser Anspruch trifft vor allem uns selbst. Als gläubige Christen wissen wir natürlich, daß unser endgültiges Heil und unsere Vollendung nur Gott selbst wirken kann, daß wir sündhafte Menschen sind, die tagtäglich der Umkehr, der Bekehrung bedürfen. Der Anspruch an uns selbst ist, daß wir uns um eine moralische Lebensführung bemühen wollen, der Anspruch an die Gesellschaft, daß die Lebensgestaltung führender Persönlichkeiten so sein soll, daß sie Vorbildfunktion für die Jugend haben (Beispiel: eine Veranstaltung wie der Life-Ball darf nicht länger gesellschaftsfähig sein). Wir wollen – frei nach Viktor Frankl – in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft (und selbstverständlich auch in der Kirche) das Vollkommene anstreben, damit wir wenigstens das Unvollkommene erreichen. Wir wissen den Ausweg aus der kulturellen und geistigen Krise Europas. Und dieser Ausweg heißt Umkehr zu Gott und zum christlichen Glauben. Das wollen wir mit unserer Parteibezeichnung zum Ausdruck bringen. Auf dem Paket, das wir schnüren wollen, soll das draufstehen, was drinnen ist. Und das drinnen sein, was außen draufsteht.

Gerade weil wir erst erklären müssen, warum wir uns Die Christen nennen, und weil nach einer solchen Erklärung jeder weiß, woran er mit uns ist, wären so gutgemeinte Bezeichnungen wie „Familienpartei“ und „Friedenspartei“ nicht richtig gewesen. Der Begriff „Familie“ wird heute so mißbräuchlich verwendet wie kaum ein anderer. Er ist daher kein Unterscheidungsmerkmal und aus politischen Gründen ungeeignet. Ähnliches gilt für „Frieden“. Selbstverständlich sind wir dafür, doch angeblich auch alle anderen. Denken wir nur an die von den Kommunisten initiierten „Osterfriedensmärsche“.



WIE SOLL MAN SICH DIE GRÜNDUNG EINER

NEUEN PARTEI OHNE ENTSPRECHENDES KAPITAL VORSTELLEN? ■ ■ ■

Selbstverständlich geht es nicht ohne Geld. Doch wichtiger als Geld ist die persönliche Mitarbeit derjenigen, die die Zeichen der Zeit verstanden haben. Warum ist das so? Man stelle sich vor, es gäbe einen Sponsor, der zehn Millionen Euro zur Verfügung stellt. Damit könnte man wahrscheinlich einen Monat lang Plakataktionen und Postwurfsendungen in ganz Österreich finanzieren. Nehmen wir an, es würde gelingen, griffige Aussagen zu machen, die den Menschen wirklich unter die Haut gehen. Und nehmen wir weiter an, es würde tatsächlich eine Diskussion angestoßen. Was würde geschehen? Es gäbe vielleicht eine Riesenaufregung, aber nur für relativ kurze Zeit. Dann würde man sich von Seiten der führenden Leute um „Schadensbegrenzung“ bemühen, die Medien wären darauf aus, die Sache so rasch wie möglich wieder aus dem Bewußtsein schwinden zu lassen und tatsächlich würden die Menschen auch nach einigen Wochen oder spätestens Monaten das Problem wieder beiseite schieben. Der seit Jahrzehnten gewohnte Trott ist viel bequemer. Man würde sich doch – um Gottes Willen – die eigenen Vorurteile nicht durch Fakten zerstören lassen. Außerdem ist damit zu rechnen, daß dann die Gehirnwäsche noch verstärkt wird. Und schließlich ist auch zu bedenken, daß eine solche Kampagne – so das Geld vorhanden wäre und sie überhaupt stattfinden könnte – vom Stand weg von sehr wenigen Leuten getragen würde. Gegen diese wenigen würde eine beispiellose Hetzkampagne losgetreten werden, die ganz sicher die Waldheim-Geschichte und die EU-Sanktionen in den Schatten stellen würde. Es könnte schon deshalb gut sein, daß eine solche Werbekampagne gar nicht ankommt, auch wenn noch soviel Geld dahinterstünde.

Es ist daher mit gutem Grund anzunehmen, daß eine bescheiden beginnende Basisarbeit der Sache mehr dient. Die Parteigründung ist wichtig, um ein gemeinsames und konkretes praktisches Ziel zu haben, nämlich früher oder später in den politischen Gremien Sitz und Stimme zu haben. Ein Ziel,

welches ein Verein oder eine kirchliche Institution naturgemäß nicht haben kann. Doch der erste Schritt muß sein, die Gesinnungsfreunde zu finden und durch den Aufbau der Parteiorganisation ein Netzwerk zu schaffen. Das Interessante daran ist, daß bereits diese Aufbauarbeit eine über den unmittelbaren Zweck hinausgehende Bedeutung hat. Hier ist der Weg bereits das Ziel. Diese Aufbauarbeit dient bereits der Bewußtseinsbildung. Und wenn früher oder später die Parteiorganisation steht, dann sollte es keine Schwierigkeiten mehr machen, zu Wahlen anzutreten. Und es wird dann auch nicht möglich sein, daß sich die weltanschaulichen und politischen Gegner auf einige wenige Gesinnungsfreunde stürzen und sie medial hinrichten.

Es ist besser, wir haben nicht viel Geld. So kommen wir gar nicht in die Versuchung, den Kampf mit den üblichen Methoden zu beginnen. Was bei uns am Anfang stehen soll und muß, das ist der Aufbau einer Organisation, das ist die Suche nach Gleichgesinnten, nach Vertrauensleuten bis in die abgelegensten Dörfer hinein. Mit der Änderung des gesellschaftlichen Bewußtseins, die wir für dringend notwendig halten, müssen wir ohnehin bei uns selbst beginnen. Also bei dem relativ kleinen Rest von gläubigen Christen, die trotz allem bisher treu geblieben sind. Dann können wir auch damit rechnen, daß wir jene Ausstrahlung und Überzeugungskraft haben, die uns mit Gottes Hilfe Einfluß auf die Menschen um uns herum nehmen läßt. So gesehen wäre es unserer Sache sogar schädlich, wenn wir zu viel Geld hätten. Wenn wir uns „Nachhaltigkeit“ wünschen, dann müssen wir den Aufbau einer Organisation anstreben und weniger nach dem großen Geld schießen.

■ ■ ■ **GEHT ES OHNE BEKANNTE PERSÖNLICHKEITEN,
OHNE „GALIONSFIGUR“?** ■ ■ ■

Wie bei früheren Gelegenheiten war auch bei uns schon die Rede davon, zum Erfolg würden bekannte Persönlichkeiten

notwendig sein, am besten eine sogenannte Galionsfigur. Aber kann das wirklich eine notwendige Voraussetzung sein? Ist das nicht vielleicht überhaupt eine überholte Vorstellung? Seit vielen Jahren, besser gesagt seit Jahrzehnten, erreichen mit der Hilfe der dazu notwendigen ideologisch gleichgeschalteten Medien führende Persönlichkeiten nur dann einen gewissen Bekanntheitsgrad, wenn sie schön brav und destruktiv sind, wenn es um unsere Schwerpunktthemen geht. Beispiel: Als die führende ÖVP-Politiker Elisabeth Gehrler den Satz von sich gab: „Kinder statt Parties.“, sind fast alle über sie hergefallen, auch Partei-„Freunde“. Wahrscheinlich erschrocken über ihre eigene Courage hat sie den durchaus ausbaufähigen Gedanken nicht weiterverfolgt, sodaß eine ernsthafte Diskussion gar nicht entstanden ist, obwohl das durchaus wünschenswert gewesen wäre.

Daß bei uns in den letzten Jahrzehnten beginnend mit der Verhütung über die Zerstörung des christlichen Bildes von Ehe und Familie bis hin zur Abtreibungsgesellschaft alles getan worden ist, um unserem Land und Volk die Zukunft zu nehmen, daran tragen alle führenden Persönlichkeiten in den Parteien, in der Kulturszene, in den gesellschaftlich bedeutsamen Institutionen, in der Kirche, in allen wichtigen Berufsgruppen (z.B. Ärzte, Richter) ein gerüttelt Maß an Schuld, sei es durch aktives Fördern solcher destruktiver Tendenzen, sei es durch Unterlassung aus Bequemlichkeit oder Feigheit. Wo also sollte eine bekannte Persönlichkeit zu finden sein, zu der wir Vertrauen haben können?

Und ist es nicht in Wahrheit so, daß der allgemeine Vertrauensverlust inzwischen so groß geworden ist, daß viele gutgesinnte Mitmenschen überhaupt keine Hoffnung auf Besserung haben? Ein Indiz für die Richtigkeit dieser Annahme scheinen die immer niedriger werdenden Wahlbeteiligungen zu sein.

Wir sollten besser davon ausgehen, daß durch die notwendige Vernetzung und durch den Aufbau der Organisation Gesinnungsfreunde zusammenfinden, die durch diese Aufgabe lernen und an ihr wachsen. Denn was die heutigen

Führungspersönlichkeiten auszeichnet, wäre für die notwendige moralische Erneuerung ohnehin nicht tragbar. Wir können nicht überleben, wenn Politik und Wirtschaft, Kultur und Erziehung nur darauf aus sind, die niedersten Instinkte des Menschen anzusprechen und deren Ausleben zu fördern.

■ ■ ■ **WÄRE ES NICHT RATSAM, STATT DER GENANNTEN
SCHWERPUNKTTHEMEN DAS AUFZUGREIFEN, WAS
ALLE ÖSTERREICHER INTERESSIERT, NÄMLICH DIE EU
UND DIE NEUTRALITÄT?** ■ ■ ■

Das ist aus folgenden Gründen nicht ratsam, obwohl wir viel gewichtigere Gründe haben, dieses Gebilde abzulehnen, als sie üblicherweise z.B. in Leserbriefen genannt werden. Als z.B. George W. Bush sein Amt als US-Präsident angetreten hat, hat er als eine der ersten Maßnahmen 30 Millionen Dollar für ein Programm zur weltweiten Abtreibungspropaganda gestrichen. Sofort ist die EU eingesprungen und hat diesen „Schaden“ aus unseren Steuermitteln ersetzt. Auch die Förderung der Homosexualität ist Brüssel ein ganz besonderes Anliegen, welches sogar politische Priorität besitzt. Manche verstehen also nicht, warum die EU für uns kein Thema sein soll. Es ist natürlich keine Frage, daß man diese EU ablehnt, wenn man sich ein christliches Europa wünscht. Wenn man sich christlichen Werten verpflichtet fühlt, dann läßt sich nicht übersehen, daß die europäischen Institutionen einen gegenteiligen Standpunkt vertreten. Gleichgültig, ob man dabei an das Europäische Parlament, den Europäischen Gerichtshof oder die Brüsseler Bürokratie denkt, alle scheinen als höchsten „europäischen Wert“ etwas wie ein „Menschenrecht auf Unzucht“ hochzuhalten. Für unsere Begriffe ist es der Abschaum Europas, der uns beherrscht. Dennoch würde es unserem Volk und Land nichts helfen, wenn wir aus dieser EU austreten (so wir das überhaupt könnten), gegen die Fäulnis im Inneren aber nichts unternehmen. Es kann also für uns kein vordringliches Problem sein, gegen die EU zu kämpfen, wir müssen vorerst die Hausaufgaben in unserem Land machen.

Etwas anderes wäre es, wenn ein Austritt in Frage käme oder aktuell wäre oder ein öffentlicher Druck bestünde, die weltanschauliche Ausrichtung der EU zu ändern. Dann wäre es ein Gebot der Stunde, daß auch wir uns einbringen.

Auf uns wartet vielmehr als erstes die gewaltige Aufgabe, unsere Schwerpunktthemen zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion zu machen und diese nicht mehr abreißen zu lassen.

Zur Neutralität könnte man viele Aspekte diskutieren. Historisch gesehen ist es wohl so, daß wir den meisten Nutzen davon hatten, als die Amerikaner einerseits und die Sowjets andererseits eifersüchtig darauf bedacht waren, daß der jeweils andere diese Neutralität achtet. Sollte aber – was Gott verhüten möge – noch einmal eine große kriegerische Auseinandersetzung stattfinden (und man hätte sich damals bei den unseligen EU-Sanktionen gegen Österreich denken können, daß ebenso plötzlich und aus ähnlich irrationalen Gründen doch wohl auch ein Krieg oder Bürgerkrieg entstehen könnte), dann wird uns die verfassungsmäßig fixierte Neutralität allein wohl nicht schützen. Abgesehen davon sind auch wir der Meinung, daß es eine gute Sache ist, den äußeren Frieden durch eine Neutralitätspolitik (so es sie überhaupt noch gibt) zu sichern. Darin unterscheiden wir uns von niemandem. Und deshalb kann die Neutralität auch kein vordringliches Thema sein.

■ ■ ■ **MUSS EINE PARTEI NICHT DIE ANTWORT
WISSEN AUF ALLE ANSTEHENDEN
POLITISCHEN PROBLEME?** ■ ■ ■

Auch diesen Einwand gegen eine Parteigründung haben wir schon öfters gehört. Aber ist dieser Einwand auch berechtigt?

Nach unseren Plänen wäre es sogar schädlich, von Anfang an überall mitreden zu wollen. Und zwar was die Taktik und die Inhalte betrifft. Das Wissen, daß unser Volk und Land eine totale Änderung in der Ehe- und Familienpolitik notwendig braucht, macht auch die Änderung der Politik zu unseren

anderen Schwerpunktthemen erforderlich. Es würde nur von den von uns als wichtig erkannten Problemen ablenken, wenn wir uns zu allen oder irgendwelchen tagespolitischen Fragen zu Wort melden. Wenn wir eine Momentaufnahme im Februar 2006 gemacht hätten, dann wären die tagespolitischen Probleme die vorbeugenden Maßnahmen gegen die Vogelgrippe, der sogenannte Doping-Skandal bei den Olympischen Spielen oder der Zustrom insbesondere deutscher Studenten an unsere Universitäten gewesen. All das war bzw. ist für uns uninteressant, solange wir nicht in politischen Entscheidungsgremien sitzen.

Wenn wir uns das ansehen, was wir als unsere Aufgabe betrachten, nämlich das christliche Bild von Ehe und Familie in der Gesellschaft wieder zu verankern und in der schulischen Erziehung dafür zu sorgen, daß christliche Wertvorstellungen wieder Beachtung finden, dann haben wir ein unglaublich großes Betätigungsfeld vor uns. Warum sollten wir uns also, wenn der erste Schritt der Aufbau einer Organisation sein muß, mit tagespolitischen Themen befassen oder besser gesagt belasten. Wir müssen jene Mitmenschen finden, die in diesen wesentlichen Fragen mit uns übereinstimmen. Und von daher betrachtet ist es ganz unwesentlich, ob das Bundesheer Flugzeuge anschafft oder nicht, ob ein bestimmter Tunnel gebaut wird oder nicht, ja sogar ob es eine biologisch unbedenkliche Landwirtschaft gibt oder nicht. Aus den Zeitungen wissen wir, daß Kinder und Jugendliche immer aggressiver werden. Politiker und Medien werden uns auch nicht mehr lange verheimlichen können, welche Auswirkungen die fehlenden jungen Leute und Kinder auf unser gesamtes wirtschaftliches und gesellschaftliches System haben. Und dann wird sich zwangsweise auch die Frage nach den Ursachen stellen. Und das sind nun einmal Verhütung und Abtreibung, kaputte Ehen und Familien. Christa Meves, die bekannte deutsche Jugend- und Kinderpsychologin, hat vor Jahrzehnten vorausgesehen, was jetzt unsere Probleme sind. Nämlich daß wir einerseits zu wenig Kinder haben und andererseits ein Heer von Leistungsschwachen, Drogensüchtigen, psychisch Kranken und Kriminellen herangezüchtet haben. Es geht darum, daß sich

die Leute zusammenschließen, die diese Probleme für wichtig halten und dagegen ankämpfen wollen. Anders gesagt: Was nützt uns z.B. eine gesunde Umwelt, wenn es den Menschen aus ganz anderen Gründen immer schlechter geht.

■ ■ ■ **WIE SOLL MAN SICH** **DIE MITARBEIT VORSTELLEN?** ■ ■ ■

Selbstverständlich ist uns jeder herzlich willkommen, der nicht nur unsere Ziele zu seinen eigenen macht sondern darüber hinaus auch noch Zeit und Möglichkeit findet, besondere Fähigkeiten einzubringen. Zu denken ist hier an eine Mitarbeit bei einer Zeitung oder bei der Homepage oder an eine aktive Beteiligung beim Aufbau der Parteiorganisation. Genau so wichtig ist aber eine sehr einfache Art der Mitarbeit, die wirklich jeder leisten kann. Zwei Dinge sind für eine solche Mitarbeit ausschlaggebend. Informationen in der eigenen Umgebung, daß es die Partei gibt und welche Ziele sie hat, und als zweites das Kontakthalten mit Gleichgesinnten. Zu diesem Zweck wollen wir Zellen bilden, die folgendermaßen funktionieren sollen:

- Als erstes braucht es jemanden, der die Initiative ergreift, für diese Zelle dann auch die Verantwortung übernimmt und den Kontakt zum Vorstand aufrecht erhält.
- Die Zelle, bestehend aus drei bis maximal zehn Personen, trifft sich mindestens einmal monatlich zu einem fixen Termin in einer Wohnung, einem Extrazimmer oder zu einem Stammtisch.
- Diese Treffen dienen dem persönlichen Zusammenhalt, wenn dabei die jeweils aktuelle politische und gesellschaftliche Situation besprochen wird. Was die unmittelbare Parteiarbeit betrifft, sollen dort konkrete Vorstellungen entwickelt werden, wie unser Informationsmaterial unter die Leute gebracht wird, welche

persönlichen Kontakte geknüpft werden können und wie man neue Städte und Ortschaften in der Umgebung erschließen kann. Es geht also darum, überall Gesinnungsfreunde anzusprechen und den Anstoß für neue Zellenbildungen zu geben.

- Wenn eine Zelle die Anzahl von zehn Personen erreicht bzw. überschritten hat, soll sie sich teilen. Einer aus der Gruppe soll dann eine eigene neue Zelle bilden bzw. deren Leitung übernehmen.
- Besonders wirksam wird eine Zelle sein, wenn sie zugleich eine Gebetsgruppe ist. (Gewiß eine Idealvorstellung und keine Notwendigkeit.)



PRO VITA

Bewegung für Menschenrecht auf Leben

A-3040 Neulengbach, Rathausplatz 108
Telefon +43 (0) 2772.52844 Telefax 546 90
Email verein@provita.at www.provita.at

EINBERUFUNG EINER ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG

Zeit: Samstag, **1. Juli 2006, 15.00 Uhr**

Ort: 3040 Neulengbach, Rathausplatz 108
(Rechtsanwaltskanzlei)

Tagesordnung:

- a. Bericht des Bundesobmannes und der Rechnungsprüfer
- b. Entlastung des Bundesobmannes und der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes
- c. Neuwahl des Bundesobmannes und seiner Stellvertreter

- d. Neuwahl der übrigen Mitglieder des Bundesvorstandes
- e. Entlastung und Neuwahl der Rechnungsprüfer
- f. Statutenänderung (vierjährige Funktionsperiode von Bundesvorstand und Rechnungsprüfern, ordentliche Generalversammlung alle vier Jahre, Anwesenheitsquorum des Vorstandes; Schiedsgericht als Schlichtungseinrichtung)

Wer an dieser Generalversammlung teilnehmen will, möge sich bitte bis spätestens 26. Juni 2006 anmelden, damit für einen entsprechenden Versammlungsraum gesorgt werden kann.

HERZLICHE EINLADUNG
ZUR INFORMATIONSVERANSTALTUNG

DIE CHRISTEN

VORSTELLUNG DER NEUEN POLITISCHEN PARTEI

Dr. Adam spricht und diskutiert
über Aufbau und Ziele am

Dienstag, 27. Juni 2006, 19.00 Uhr,
im Cafe „Museum“, Wien I, Friedrichstraße 6,
und am

Donnerstag, 29. Juni 2006, 19.00 Uhr,
im Gasthaus „Angelis“,
2320 Schwechat, Johann Burkl-Gasse 1.

Unserem Spendenaufruf für die Tsunami-Katastrophe
haben Folge geleistet:

Dr. Ferdinand JEINDL

Ziviltechniker, Prägart 1, A-2851 Krumbach

Dr. Felix MAYRHOFER-GRÜENBÜHL

Wirtschaftsprüfer, Hauptstraße 5, A-3034 Maria
Anzbach